

Sparkassen



Zeitung

Nummer 12 | Dezember 2010 | 97. Jahrgang

„Erst hatten die Banken Probleme, jetzt der Staat“

Interview mit Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka



Staatssekretär Reinhold Lopatka: „Wir brauchen Wachstum, das beschleunigt die Konsolidierung und entledigt uns der Sorge, über weitere Steuererhöhungen nachdenken zu müssen.“

Bankensteuer, Kursgewinnbesteuerung und Basel III: Es kommt viel zu auf Österreichs Kreditwirtschaft. Vor allem die geplante Behandlung der Investmentfonds hat tiefe Besorgnis hervorgerufen. Im Interview stellt Staatssekretär Lopatka eine Stufenlösung in Aussicht und nimmt zu einem breiten Spektrum von Problemen Stellung.

Sparkassenzeitung: Die österreichische Kreditwirtschaft ist aktuell von drei Themen besonders betroffen. Von der Banksteuer, von den Diskussionen über die künftigen Bestimmungen namens Basel III und von der Kursgewinnbesteuerung, die – folgt man dem Entwurf – ein administrativer Moloch zu werden droht. Vorerst zur Banksteuer. Die heimischen Kreditinstitute zählen wahrlich nicht zu den Verursachern der Finanzkrise, die Sparkassen schon gar nicht. Werden da nicht die Falschen zur fiskalischen Kasse gebeten?

Lopatka: Wir haben auf Regierungsebene schon frühzeitig Einigung über einen Konsolidierungsbeitrag der Banken erzielt. Es ist ja in den vergangenen Jahren seitens der öffentlichen Hand sehr rasch reagiert worden, um den Finanzstandort Österreich zu stabilisieren. Das war der Haftungsschirm des Bundes ebenso wie die Bereitstellung von Partizipationskapital. Das hat auch gewirkt. Österreich ist damit viel besser durch die Krise gekommen als viele andere Länder, etwa was die Beschäftigungssituation betrifft. Die OECD bescheinigt uns ja auch mittlerweile eine deutlich bessere Wachstumsprognose. Ein wichtiger Teil dieses sicheren Durchstehens betraf auch die Banken. Da ist gleichsam über Nacht seitens der Solidargemeinschaft der Steuerzahler richtigerweise geholfen worden.

Doch die Banken sagen mit einigem Recht: Wir als Retailbanker waren ja nicht die Verursacher der Krise ...

... aber auch nicht die Steuerzahler. Es geht jetzt nicht um das Verursacherprinzip, sondern darum, dass die Banken ein Problem hatten und dass der Steuerzahler hier zur Stelle war. Nunmehr geht es darum, dass der Staat ein Problem hat, nämlich die Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung, und wir dazu einen Beitrag brauchen. Von jenen, die stark sind, und österreichische Banken sind nach wie vor sehr stark. Die Banksteuer ist dieser Beitrag. Ich füge gleichzeitig hinzu, dass wir gleichzeitig auf rund 150 Mio. Euro durch die Abschaffung der Kreditgebühr verzichten.

Wovon wiederum etwa die Sparkassen nichts haben.

Ist mir bewusst, aber die Kreditvergabe ist doch ein Geschäft der Banken. Wenn diese Gebühr fällt, dann erleichtern wir die Kreditvergabe und schaffen hoffentlich zusätzliche Investitionsanreize in der jetzt anhebenden Aufschwungsphase.

Wäre man zynisch, müsste man einwerfen: 150 Mio. Euro von der Banksteuer bekommen die Länder, also warum das Ganze?

Dazu ganz klar: Wir brauchen in Zukunft von den Ländern mehr als diese 150 Mio. Euro, nämlich ausgabenseitig größere Anstrengungen der Bundesländer. Darüber wird derzeit intensiv mit den Landeshauptleuten verhandelt. Natürlich darf die Politik den Bogen nicht überspannen, und wir haben uns ernsthaft mit Basel III zu befassen. Ich gehe davon aus, dass es keine weiteren Belastungen für die Banken seitens der EU geben wird. Grundsätzlich halte ich die Intention von Basel III für richtig: Die Krise hat gezeigt, dass der stärkere Aufbau von Eigenmitteln ein Gebot der Stunde ist. Generell sind wir aber daran interessiert, dass die KMU weiterhin mit Krediten versorgt werden

MEINE MEINUNG



Michael Ikrath
Generalsekretär
des Sparkassenverbandes

Boni-Regelung mit Malus

Sie werden – auch Jahre nach der weltweiten Finanzkrise – als psychologisches Reizwort noch viele finanzwirtschaftliche Diskussionen beherrschen: Die „Boni der Bankmanager“. Nicht zu Unrecht, denn bei diesen sogenannten erfolgsabhängigen Einkommensbestandteilen in den Führungsetagen von Banken und Investmenthäusern hat es Auswüchse gegeben, die mit Fug und Recht als schamlos, unanständig, ja durchaus auch als sittenwidrig zu bezeichnen sind.

Es waren vor allem die Investmentbanken, die hier mit atemberaubenden Summen übers Ziel schossen. Sie haben damit wesentlichen Anteil an dem Misstrauen gegenüber dem global agierenden Bankmanagement. Ein mehr als zweifelhaftes „Verdienst“.

Der österreichische Nationalrat hat vor kurzem strengere Regeln für Bankmanager-Boni beschlossen. Er folgte damit der richtigen und begrüßenswerten Intention einer EU-Richtlinie in Zukunft Boni-Exzesse einzudämmen. So weit, so erfreulich. Doch einmal mehr ist verabsäumt worden, eine klare Unterscheidung zwischen den tatsächlichen Verursachern der Malaise und jenen Kreditinstituten zu treffen, die auch in der Krise als klassische Retailbanker die Realwirtschaft mit ausreichend Fremdkapital versorgt haben. Denn hierzulande hat es keine Boni-Exzesse gegeben.

Der Gesetzgeber hätte also die Aufgabe gehabt, die EU-Richtlinie an die nationalen Gegeben-

heiten anzupassen. So setzte sich folgerichtig die Volkspartei dafür ein, jedenfalls Banken mit einer Bilanzsumme von weniger als 1 Mrd. Euro von der administrativ extrem aufwendigen und teuren Pflicht, dieses Gesetz umzusetzen, zu entbinden. Denn dabei handelt es sich mit Sicherheit um keine jener systemrelevanten Institute, auf welche die EU-Richtlinie abzielt. Deutschland etwa ging ebendiesen Weg: Dort gibt es eine solche Bestimmung für Institute mit weniger als 10 Mrd. Euro Bilanzsumme. Die Milliarden-grenze in Österreich hätte somit auch den Größenverhältnissen entsprochen. Doch das war – bedauerlicherweise – mit dem Koalitionspartner nicht zu machen. Ein weiterer Malus der Boni-Regelungen betrifft heimische Kreditinstitute, die mit Tochtergesellschaften in anderen EU-Märkten tätig sind. Schon der gesunde Menschenverstand sagt einem, dass die Regelung der Manager-einkommen in diesen Ländern wohl den jeweils dort gültigen nationalen Bedingungen angepasst werden sollte. Anders kann ja der Wettbewerb um die besten Köpfe nicht funktionieren. Doch leider: Auch die Schaffung dieses dispositiven Freiraums auf Auslandsmärkten scheiterte am Veto der Kanzlerpartei. Schade, dass man wichtige Charakteristika der österreichischen Bankenstruktur legislativ nicht zur Kenntnis genommen hat.

ERSTE BANK UND SPARKASSEN



Erste Bank und Sparkassen „Bank des Jahres“ in Österreich

Auszeichnung durch „The Banker“

Seite 2

WEIHNACHTEN



Die Redaktion und der Herausgeber der Sparkassenzeitung wünschen Ihnen gesegnete Weihnachten und alles Gute für 2011.

Diese „Weihnachtskrippe“ ist aus Spardosen des Museums der Erste Bank zusammengestellt.

SPARKASSEN NEWS

Networking unterstützen

Beim Reden kommen bekanntlich „die Leut' zsmmm“. Daher fördert die Sparkassen Niederösterreich Mitte West das Networking ihrer Kunden. Zur nunmehr bereits achten sogenannten „Rederei“ trafen einander Networking-Begeisterte im neu gestalteten St. Pöltner Bahnhof, um in ungezwungener Atmosphäre Kontakte zu knüpfen.



Brigitte Rendl, Reinhard Pasteiner, Petra Meyer, Alexander Rechberger, Friedrich Nusterer, VDir. Helge Haslinger, Carmen Panwinkler, Peter Urbanek, Andreas Kendler, Franz Panwinkler und Barbara Mayer

Handbike für junge Rollstuhlfahrerin

Viel Freude bereiten der Verein „Stunde des Herzens“ und die Sparkasse Bludenz der zehnjährigen Pia Pichler. Dank der Übernahme der Anschaffungskosten konnte ein Handbike angeschafft werden. Dieses ermöglicht dem Mädchen, das im täglichen Leben auf den Rollstuhl angewiesen ist, ein Mehr an Mobilität.



Neo-Handbikerin Pia mit Joe Fritsche von „Stunde des Herzens“. Im Hintergrund: VDir. Christan Ertl und Horst Scheikl (beide Sparkasse Bludenz), die Eltern und Arno Sprenger (Sparkasse Bludenz)

Infoabend zum Thema „Erbens und vererben“

150 interessierte Kunden kamen zum Informationsabend „Erbens und vererben – wie mache ich es richtig?“ in die Sparkasse Waldviertel-Mitte, wo Notar Franz Kienast und Gustav Tirmann von der s Versicherung über das Thema informierten.



VDir. Franz Pruckner (Sparkasse Waldviertel Mitte), Gustav Tirmann (s Versicherung), Martin Dastl (Sparkasse Waldviertel Mitte) und Notar Franz Kienast

Die KAC-Card der Kärntner Sparkasse

Die Kärntner Sparkasse und der erfolgreichste Eishockeyclub Kärntens, der KAC, sind seit 40 Jahren Partner. Im Rahmen einer Festveranstaltungen zu ihrem 175. Geburtstag brachte die Sparkasse nun die „KAC-Card“ auf den Markt. Dabei handelt es sich um eine der ersten Konto-Karten Österreichs, die speziell für einen Sportverein gebrandet wurden.

Die KAC-Card ist nicht nur eine Bank-Card, sondern bietet auch eine Reihe von Zusatzvorteilen wie Rabattgutscheine für den Fanshop, Einladungen zu exklusiven Autogrammstunden oder die Möglichkeit der Teilnahme an Verlosungen.



können. Viele dieser Betriebe sind ja Kunden von kleinen Kreditinstituten mit einer Bilanzsumme, die unter 1 Mrd. Euro liegt. Genau diese Institute sind von der Bankensteuer ausgenommen, was ich für wichtig und richtig halte. Denn die Bedeutung einer leistungsfähigen Kreditwirtschaft für den Wirtschaftsaufschwung darf nicht unterschätzt werden. Wir brauchen Wachstum, das beschleunigt die Konsolidierung und enthebt uns der Sorge, über weitere Steuererhöhungen nachdenken zu müssen.

Ein weiteres Thema, das die Gemüter bewegt, ist die Kursgewinnbesteuerung. Es ist erwartet worden, dass in Zukunft realisierte Gewinne bei Aktien besteuert werden sollen. Der versandte Entwurf hat in seiner Komplexität jedoch schlimme Erwartungen überoffen, besonders im Bereich der Investmentfonds. Dort gibt es ja keinen Bestandsschutz. Darüber hinaus haben Experten ausgerechnet, dass allein in die Datenverarbeitung mehr als 200 Mio. Euro investiert werden müssten. Was sagt das Ressort dazu?

Wenn Veräußerungsgewinne von Wertpapieren auch nach der Spekulationsfrist von einem Jahr künftig generell steuerpflichtig sind, muss sich naturgemäß auch die Fondsbesteuerung ändern. Aufgrund der Kritik in der Begutachtung sind wir bei der Fondsbesteuerung nun aber doch bei dem alten System der Besteuerung nach den ausschüttungsgleichen Erträgen – einem pauschalen Besteuerungssystem – geblieben. Das reduziert den EDV-mäßigen Umstellungsaufwand für die Fonds beträchtlich. Wegen der neuen Steuerpflichtigkeit von Substanzgewinnen werden aber 60 Prozent statt 20 Prozent der ausschüttungsgleichen Erträge besteuert. Die Erhöhung kommt aber nicht sofort mit 1.1.2011, sondern wird schrittweise eingeführt: 2011: 30 Prozent; 2012: 40 Prozent, 2013: 50 Prozent; 2014: 60 Prozent. Das soll dem Umstand Rechnung tragen, dass in den Fonds ja auch noch alte Wertpapiere liegen, die spekulationsfrei verkauft werden können. Wird schließlich der Fondsanteil selber vom Bürger mit Gewinn verkauft, muss auch dieser (Substanz-)Gewinn versteuert werden. Damit ist sichergestellt, dass am Ende 100 Prozent der Kapitalgewinne steuerlich erfasst werden. Selbstverständlich werden dabei alle schon

vom Fonds bezahlten KEST-Anteile, die dem Anteilsschein zuzurechnen sind, angerechnet, damit es zu keiner Doppelbesteuerung kommt.

In der bisherigen Diskussion heißt es, die diversen Formen der Eigenvorsorge seien von der Kursgewinnbesteuerung ausgenommen. Das bedeutet: Die prämiengestützte Zukunftsvorsorge ist nicht betroffen, ebensowenig wie die klassische Lebensversicherung.

Völlig richtig. Das gilt übrigens auch für die betrieblichen Pensionskassen.

Wie ist es mit den Mitarbeitervorsorgekassen, also der sogenannten Abfertigung Neu?

Auch bei diesen gibt es keine Verschlechterungen durch die KEST neu.

Und wie wird die Fondsgebundene Lebensversicherung zu behandeln sein, wenn Fonds grundsätzlich unter die Kursgewinnbesteuerung fallen?

Die Fondsgebundene Lebensversicherung unterliegt einem eigenen Besteuerungssystem, nämlich der Versicherungssteuer. In Anpassung an das neue KEST-System wird es hier zur Verlängerung der Mindestlaufzeit auf 15 Jahre kommen. Dies betrifft aber nur ab dem Jahr 2011 neu abgeschlossene Verträge.

Kommt es zur Valorisierung des Arbeitnehmerfreibetrags bei der betrieblichen Pensionskasse, der seit 18 Jahren bei 300 Euro liegt?

Nein, das würde aus der Sicht des Finanzressorts Zusatzkosten schaffen, die derzeit so nicht verkraftbar sind.

Wie werden die Wohnbauanleihen behandelt werden?

Die Befreiung von der Kapitalertragsteuer bis zu einer Verzinsung von 4 Prozent bleibt. Allfällige Kursgewinne bei Veräußerung wären zu besteuern, aber bei dieser Form des Wertpapiers wird das wohl eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Denn bei Wohnbauanleihen gibt es keine ausgeprägten Wertschwankungen. Grundsätzlich noch eine abschließende Bemerkung zur neuen Wertpapier-KEST und den damit zusammenhängenden Problemen: Der Koalitionspartner wollte wesentlich mehr, er wollte eine echte Vermögensteuer. Doch damit die Sinn macht, müsste sie breit gestreut sein. Das wiederum würde den Mittelstand schwer belasten, und das haben wir erfolgreich abge-

wehrt. So etwas ist mit uns nicht zu machen.

In der EU gibt es Bestrebungen, einen neuen Fonds zur Einlagensicherung aufzubauen. Nun haben etwa die Sparkassen mit ihrem Haftungsverbund de facto die hundertprozentige Einlagensicherheit verwirklicht. Droht da zusätzlich durch Parallelbelastungen Ungemach für die Bankbilanzen?

Es wird in der EU im Richtlinienentwurf anerkannt, dass nationale Vorkehrungen – wenn sie gewissen Kriterien entsprechen – zu berücksichtigen sind. Wir gehen davon aus, dass etwa der Haftungsverbund das erfüllt. Jetzt verhandeln wir so, dass dann der Text keine Interpretationen mehr zulässt, die von diesem Prinzip wieder abweichen könnten. Wir sind in intensiven Gesprächen.

Was wäre ein Interview mit Staatssekretär Lopatka ohne das Thema Österreichische Bundesbahnen? Überrascht Sie die jüngste Meldung über Verluste von rund 260 Mio. Euro beim Cross-Border-Leasing in Irland?

Bei den ÖBB überrascht mich überhaupt nichts mehr! Vor allem weil man so wirtschaftet, dass das Auffangnetz Steuerzahler ohnehin immer einspringen muss. Zur Illustration nur einige Eckpunkte: Die ÖBB hatten im Jahr 2005 knapp 4 Mrd. Euro Schulden, mittlerweile sind wir schon bei 20 Mrd. angelangt. Unabhängig davon, ob einer Bahn fährt oder nie Bahn fährt: Jeder Steuerzahler hat allein für die jährlichen Zuwendungen an dieses Unternehmen 2.500 Euro per anno abzuliefern. Oder ein anderes Beispiel: Es wurden vom Unternehmen 8.000 Handys angekauft, und diese sind einfach verschwunden. Auch heuer wieder werden die Bahnbediensteten im Durchschnitt mit 52 Jahren in Pension gehen, und wir haben dort in diesem Jahr bereits einen Pensionszuschussbedarf von 2 Mrd. Euro. Das ist mehr als das gesamte Landesverteidigungsbudget. Die Manager beziehen Bonuszahlungen dafür, dass sie Verluste machen. Mit dem Ergebnis, dass bei den ÖBB insgesamt 17 Vorstände mehr verdienen als der Bundeskanzler der Republik. Diese Beispielskette an Unglaublickeiten, die aber wahr sind, lässt sich beliebig lang fortsetzen.

Das Gespräch führten Milan Frühbauer und Helmut Reindl.

Auszeichnung als „Bank des Jahres“

Das internationale Finanzmagazin „The Banker“ hat die Erste Bank und die Sparkassen Anfang Dezember in London erneut als „Bank des Jahres“ ausgezeichnet. Bereits 2009 hat die Sparkassengruppe diese Auszeichnung erhalten.

Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen, nahm die Urkunde entgegen: „Diesen Preis zweimal hintereinander zu bekommen bestätigt uns in unserer Strategie. Das oft als wieder bezeichnete Geschäftsmodell einer Sparkasse scheint auch international mehr Beachtung zu finden.“ Neben der Auszeichnung für Österreich wurde auch die gesamte Gruppe für ihre Leistung in der Region Zentral- und Osteuropa ausge-



Peter Bosek mit der Auszeichnung zwischen den Vertretern von „The Banker“

zeichnet: Die Erste Group erhielt den Titel „Bank of the Year in Central and Eastern Europe“ und die tsche-

chische Česká spořitelna den Titel „Bank des Jahres in der Tschechischen Republik“.